

Social-Demokrat.

Organ der social-demokratischen Partei.

Redaktion und Expedition:
Berlin,
Glatzstr. 17.

Die Zeitung erscheint drei
mal wöchentlich, und zwar:
Mittwoch, Donnerstag und
Sonntags Abends.

Abonnements-Preis für Berlin incl. Bringerlohn: vierteljährlich 16 Sgr., monatlich 6 Sgr., einzelne
Nummern 1 Sgr.; bei den Postämtern in Preußen 16 Sgr., bei den außerpreussischen Postämtern in
Deutschland gleichfalls 16 Sgr., (56 Kreuzer Südd. Währung.)

Bestellungen werden auswärts bei allen Postämtern, in Berlin in der Expedition, sowie bei jedem
soliden Expediteur entgegenommen.
Inserate (in der Expedition aufzugeben) werden pro viergespaltene Petit-Zeile mit 3 Sgr. berechnet; Arbeiter-
Annoncen die Zeile nur 1 Sgr.

Agentur für England, die Colonien, America, China und Japan Mr. A. Duesing 8 Little-Newport-Street, Leicester-Square. W. C. London.

**Mit dem 1. Januar hat ein neues Viertel-
abonnement auf den „Social-Demokrat“
begonnen. Wir ersuchen diejenigen, welche
abonnieren wollen, dies sofort zu thun.
Die Bestellungen werden auswärts bei den
Postämtern, in Berlin bei der Expedition, Glatz-
str. 17, und bei allen soliden Zeitungs-
redactoren gemacht. (Preis vierteljährlich
16 Sgr.)**
(Unter Kreuzband bezogen im nicht-öster-
reichischen Deutschland 1 Thlr., im österrei-
chischen Deutschland 2 Gulden).
Den neuen Abonnenten wird das Blatt
das ganze Quartal, vom 1. Januar an,
kündig nachgeliefert.

Politischer Theil.

Berlin, 20. Januar.

Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“
oder „Social-Demokrat“ — unter dieser
Pseudepithese bringt die Berliner „Volkszeitung“
ihre längeren Artikel, von wir nachstehend seinem
Verlauf nach folgen lassen:
In dem Kampfe, der über den Strafe der Walden-
burger Bergarbeiter in der Tagespresse entbrannt ist, ist
jedoch die Stellung, welche die oben bezeichneten
Blätter einnehmen, bemerkenswerth, da sie für die beider-
seitig hervorgetretenen Bundesgenossenschaft derselben ein
deutliches Zeugnis ablegt. Wie bekannt, betrieben bis-
her beide Blätter für gemeinsame Rechnung das Geschäft,
sich Arbeiter gegen die besitzenden Klassen, insbesondere
gegen die Großindustriellen aufzuhängen, und die Fort-
schrittspartei in ihren socialen Bestrebungen als einseitige
Vertreterin der sogenannten „Bourgeois-Interessen“ darzu-
stellen. Da, mit einem Male, als der Waldenburger
Streik ausbrach, wechselten beide wie auf Kommando die
Rolle, hielten Alles auf, die besitzenden Klassen gegen
die Arbeiter aufzuwecken, und denem die Fortschritt-
partei, anstatt wie bisher bei den Arbeitern, so jetzt bei
den besitzenden Klassen, weil dieselbe durch ihr Eintreten
das freie Berechtigt der Waldenburger die Inter-
esse des Besitzes vertrat. Dabei druckt der „Social-
demokrat“ den Hauptartikel der Norddeutschen Allge-
meinen gegen die Waldenburger ab, und diese hinstreubere
Behandlungen des hier unter v. Schweiger Vor-
sitzenden, nur für ihre Reporter zugänglichen*) social-
demokratischen Kongresses, in welchem die Abschaffung des
Kriegsrechts beschlossen wurde, wohl als erster Be-
weis, wie warm von der edlen Kampfbereitschaft die In-
teressen des Besitzes vertreten werden.

Das es für die Tendenzen der Partei, welcher die
Norddeutsche Allgemeine Zeitung und ihre Bundesge-
nossen dienen, weniger auf eine ernste Parteilichkeit für
sich wider, vielmehr hauptsächlich darauf ankommt: den
Scheidewall zwischen beiden Theilen zu schärfen, und so
die Spaltungen in ihren Reihen die liberale Partei zu
erschöpfen, ist gewiss. Der Rufus des rothen Gespenstes
durch Ausschöpfung der Massen gegen den Besitz, das ist
die Regel der Macht für die Reaktion, das Unverfäng-
liche ihrer Staatskunst. Und was dient ihnen besser
dazu, als das Verhalten der Waldenburger Grubenbe-

beiter? Für die Erbitterung der Arbeiter ist dadurch hin-
länglich gesorgt, und zu dem hat man ja die Häden bei
der v. Schweiger'schen Social-Demokratie in den Händen,
wenn ja nachhülfe Noth thun sollte — daher rath ich
Schweiger, um die besitzenden Klassen zu verlieren, sich
in den allein sicheren Schoos der Gesellschaftsrettung zu
begeben. Dabei ist gar Nichts zu riskiren. Sollte das
Wandern nicht recht verfangen, sollte man unter Um-
ständen wieder zur alten Taktik zurückkehren sich ver-
anlagt sehen — so geben gewisse liberale Blätter das
beste Kaufsmittel an die Hand. Man braucht ja
nur ihre Angriffe auf die Fortschrittspartei abdrucken,
sie für sich sprechen zu lassen, mit den nöthigen Glossen,
um sich selbst für alle Zeit freie Hand zu sichern, wenn
man einmal wieder nach der entgegengesetzten Seite los-
zuschlagen für gut findet.

In der That haben diese liberalen Blätter das Mög-
liche geleistet, um auf solche Weise der Reaktion als
Handlanger zu dienen, und bekommen dazu auch dafür
die betreffenden guten Geahnen. „Sie begannen endlich
einzusehen, wohin die wirtschaftliche Freiheit führt, die
der Reiz aller gegen Alle ist“, bezeugt ihnen das offi-
ciöse Blatt. Die „Offizielleitung“ besonders, welche ihr
in allen Verdröhnungen und persönlichen Verunglimpfun-
gen des verhassten Schütz-Objekts das willkommene
Material liefert, wird vor Allen bedacht und ihr rones
volkswirtschaftliches Bewusstsein durch das Zeugnis ge-
hört: daß sie endlich von ihren Ideen von der „Harmonie
der Interessen“ und dergl.“ gründlich zurückgelassen
zu sein scheinen. Ein Zuwinkeln muß bei diesen
Blättern in sofern auch wirklich in Frage sein, als dieselben
jeden Streite der Arbeiter als ein Attentat der Besitzlosen
gegen den Besitz bezeichnet, während sein Redakteur Dr.
Wolf, auf dem nationalökonomischen Congreß im Nürn-
berg auf das Rekrat von Schulz-Deßlich für die
Coalitionsfreiheit stimmte, und in begeisterten Rede eine
neue Aera für Ordnung der Lohnverhältnisse davon in
Ausicht stellte.

Dies die Coalition für die Waldenburger Gruben-
besitzer unter Führung des officiösen Blattes und ihres
social-demokratischen Gehirns. Tritt nun noch einige
Hülfe der Behörden hinzu, auf die man rechnen; wider-
den insbesondere die Arbeiter gehindert, in den Nachbar-
ländern lohnende Arbeit anzunehmen — und davon ist
sicher die Rede — so wird sich mittelfest des fruchtigen Ein-
greiffens des Hungers der Ausgleich schon finden. Dies
oder hohe, insbesondere der volkswirtschaftliche Stand-
punkt, den die betr. liberalen Blätter unter allerhöchster
Approbation der Officiösen einnehmen. Daß niemals
eine Maßregel, die den Grundgedanken der Gerechtigkeit wider-
streitet, wirtschaftlich sich bewähren kann, das haben sie
noch nicht gelernt.

So die „Volkszeitung.“
Dieses Gerede und Gejammer widerlegen
wir am besten durch Abdruck einer Meinungs-
äußerung der „Zukunft“. Dieses Blatt trifft den
Nagel auf den Kopf, indem es ausführlich, daß alle
Verlegenheiten, welche der Fortschrittspartei aus
der Waldenburger Angelegenheit erwachsen, beson-
ders die Unzufriedenheit im liberalen Lager selbst,
aus dem inneren Widerspruch hervorgehen,
den das Verfahren der Fortschrittspartei in der
Arbeiterfrage in sich trägt.

Die „Zukunft“ schreibt nämlich am 18. ds.:
In ihren glücklichen Tagen darf die Fortschrittspartei
den geschehen nicht zählen. Die Interpellation des Herrn
Dunder über den Waldenburger Streik verlor sich schließlich
in einer Debatte über Werth oder Unwerth der
Gewerkschaften, bei der, wie uns scheint, die Fort-
schrittspartei den Kürzeren zog. Es ist einmal ein ver-
gebliches Beginnen, die Gewerkschaften als
Mittel zur Befriedigung zwischen Arbeitern
und Arbeitgeber zu hinstellen, und es verhält
sich das ähnlich, als wenn man die stehenden Heere als
Mittel zur Aufrechterhaltung des Friedens rekrutirt.
Die Gewerkschaften sollen ihrem Wesen nach eine Waffe
in dem socialen Kampfe der Arbeiter sein, die
ihnen das Coalitionsrecht an die Hand giebt, und dies
versuchen zu wollen, das war eben ein Fehler der
Herrn Hirsch und Dunder bei Gründung ihrer Gewerks-
vereine. Dieser Kampf ist aber ein berechtigter und
als solcher muß er offen anerkannt werden. Eine Ver-
letzung des Coalitionsrechtes können wir daher in dem Vor-
gehen der Waldenburger Grubenbesitzer nicht erkennen.
Es handelt sich hierbei einfach um eine Nachfrage,
die zum Austrage zu bringen das Coalitionsrecht, das
von der Regierung allerdings nicht beeinträchtigt und zu
Gunsen einer Partei verlegt werden darf, dienen soll.
Die Grubenbesitzer sehen in den Gewerkschaften eine
Gefahr für ihre Interessen und fordern von ihren Ar-
beitern die Ausrüstung. Man mag diese Forderung un-
bedingt heßen und Partei für die Arbeiter nehmen, was
wir dringend wünschen und zwar mehr als es bisher
geschehen ist, aber den Grubenbesitzern eine Verletzung
des Coalitionsrechtes vorzumerken, scheint uns nicht
richtig zu sein. In der Arbeiterfrage giebt es einmal
nur ein entweder — oder und diesen Widerstand ver-
suchen wir wollen, führt zu so vielen Widersprü-
chen, daß der Gegner immer ein leichtes
Spiel hat.

Sehr richtig! Aber wir wollen nicht verfehlen,
bei dieser Gelegenheit darauf hinzuweisen, daß
gerade das, was die „Zukunft“ sehr gut und richtig
hier gegen die „Volkszeitung“ ausführt, sich auch
gegen sie selbst, ihre eigene Partei, die Eisenacher
Volkspartei, kehrt. Wenn nämlich, wie es in der
That der Fall ist, ein Klassenkampf besteht, die
Gesamtmasse der Besitzenden und die Gesamt-
masse der Besitzlosen feindlich einander gegenüber-
stehen, dann ist überhaupt jede Vermischung der
Arbeiterpartei mit Bourgeoisparteien, sei es auch
der bürgerlichen Demokratie, ein innerer Wider-
spruch. Die bürgerliche Demokratie kann nun und
nimmermehr ernstlich wollen, daß eine Aus-
gleichung der Besitzverhältnisse und ein Aufheben
der von den Besitzenden ausgeübten Ausbeutung
der Arbeitskraft des Volkes stattfinden; sie kann
vielmehr dies nur scheinbar wollen, um sich
populär zu machen d. h., um die Arbeiter-
masse zu Gunsten besonderer Parteizwecke
zu mißbrauchen. Daher ist die zu Eisenach
unternommene Vermischung der socialen mit der
bürgerlichen Demokratie weiter nichts, als ein Ver-
zicht der letzteren, die Selbstständigkeit der Arbeiter-
partei und dadurch deren Macht und Bedeutung
zu Gunsten von Bourgeoiszwecken zu untergraben.
Sobald dies liberal eingesehen ist, werden die
wenigen Arbeiter, die sich von der bürgerlichen
Demokratie in's Schlepptau nehmen ließen, zu
und, der selbstständigen Arbeiterpartei, zurückkehren.

Um nun noch einmal auf die „Volkszeitung“
zurückzukommen, sei folgendes bemerkt: wenn wir
auch wissen, daß eine Sache, die von der Fort-
schrittspartei in Arbeiterangelegenheiten unternom-
men wird, schließlich immer mißgelingen muß, weil
eine solche Sache den Bluth des inneren Wider-
spruchs und dadurch auch der äußeren Verwirrung
in sich trägt; wenn wir also auch keinen Grund
haben, uns für die Waldenburger Angelegenheit
besonders zu erwärmen, so lassen wir doch darun-
ter die Waldenburger Arbeiter, so viel an uns
liegt, nicht leiden. Beweis dessen unsere General-
versammlung zu Berlin, welche den durchziehenden
16 Waldenburgern zur Weiterreise soviel bewilligte
als sie selbst verlangten (2 Thlr. pro Mann).
Sage uns doch die „Volkszeitung“ aufrichtig, ob
wenn streikende social-demokratische Arbeiter durch
einen Ort kämen, wo ein Parteicongreß der Fort-
schrittspartei tagte, dieser Congreß solchen Ar-
beitern gleichfalls Geld bewilligen würde? Sie
lännen schön an und die „Volkszeitung“ wird sich
wohl hüten, auf unsere verschiedene Anträge zu
antworten. Sie wird schweigen und forsichahren,
Unwahrheiten gegen uns auszusprechen.

Was endlich die Placereien betrifft, denen die
Arbeiter zu Waldenburg Seitens der Behörden
ausgesetzt sind, so möge sich die „Volkszeitung“ ein-
mal erkundigen, wie es tamit unsern Arbeitern
ergeht. Sie sind es gewohnt seit Jahren in allen
Gauen. Und wenn ähnliche Dinge im Reichstage
des Norddeutschen Bundes zur Sprache kommen,
so wird sich die „Volkszeitung“ überzeugen, daß wir
das Verfahren der Regierung und ihrer Behörden
durchaus nicht so gelinde, wie es die Herren
von der Fortschrittspartei gethan haben, kennei-
chen werden.

Wir kümmern uns wenig um gekünsteltes Gerede,
welches auf Unwahrheit und Verdrehung beruht.
Die Wahrheit ist, daß Niemand mit der Fort-
schrittspartei zufrieden ist: weder die Reaction,
noch die Social-Demokratie, noch endlich, wie die
„Volkszeitung“ jammert zugest, der Liberalismus
selbst. Alles d. um, weil die Fortschrittspartei
an tief gehendem innerem Widerspruch
krankt, d. h. innerlich durch und durch saul
ist.

Berlin, 20. Januar.

Der Militar-Despotismus hängt sich
bisweilen ein liberal-constitutionelles Mäntelchen
an. Daß es ihm damit nicht ernst ist, daß das
Militar nicht geschwächt wird, und daß, wenn
einige liberale Narren den Constitutionalismus, die
„neue Aera“, ernst nehmen, alsbald der Despo-
tismus mit plumper Hand wieder dazwischen fährt,
das ist eine sich so oft wiederholende, so offenkun-
dige Thatsache, daß es unbegreiflich ist, wie die
Politiker der liberalen Bourgeoisie immer aufs
Neue in blinden Vertrauensdusej gerathen.

So oft wir ein solches Triumphgeschrei des
Liberalismus über ein frisch an die Welt gekom-
menes „Bürgerministerium“ hören — so nennt
man ja in neuester Zeit diese Sorte von liberalen
Ministern — so wandelt uns unbewegliche La-
st an, und desgleichen, wenn nach kurzer Freude der
Liberalismus Banquerott macht, und von der libe-
ralen Presse wimmernd zu Grabe getragen wird.

Komischer wie irgend etwas gestalten sich gegen-
wärtig die Freudenergüsse über das neue angeblich
liberale Ministerium Frankreichs. Daß es Wasser
auf die Mühle unserer deutschen Nationalliberalen
sein würde, die nichts schneller hoffen, als ein
ähnliches scheinliberales Ministerium in Preußen
aus ihren Reihen zu rekrutiren, ließ sich voraus-
sehen, aber daß selbst die „gesinnungsrichtige“
Fortschrittspartei dem Casar an der Seite zusa-
belt, den sie so oft als den „Reaktionär“, den
„Erzfuchs“, den „Erbschaftsminister“ pechschwarz an die
Wand gemalt hat, ist zum Todlichen und durch-
aus nicht schmeichelhaft für ihre politische Ei-
sicht.

Die „Volkszeitung“ leistet in ihrer heutigen
Nummer das Unglaublichste.

Sie bringt einen Leitartikel, überschrieben:
„Die Krisen in Frankreich und Oesterreich.“ und
begrißt die neue Aera in beiden Ländern —
obgleich die österreichische bereits zu Ende zu gehen
scheint — mit folgendem Jubelruf:

In Frankreich und in Oesterreich, wo gleichzeitig
eine constitutionelle parlamentarische Mächtigkeit antrat,
nehmen sich auch gleichzeitig die Conservativen die-
selbe an, die uns auf den Ausgang des Kampfes außer-
ordentlich gespannt machen. Es läßt sich wohl mit
Sicherheit sagen: wenn in beiden Staaten die
neue Aera siegreich hervorgeht, so wird deren
Erlaubnis in ganz Europa die unausbleibliche
Folge sein.

Wirklich unkomisch ist diese kindliche Freude der
„Volkszeitung“: einen Liberalismus, der die ganze
Welt beglücken soll dort zu finden, wo wie die
Thatsache registriert, daß 100,000 Mann Sol-
daten fast ununterbrochen congnant sind, um das
Volk von Paris mit Kartätschen recht volkszeitung-
lich liberal zu beglücken, wo wir als ersten Akt
des Liberalismus die Thatsache registriert, daß
auf Antrag des „liberalen“ Ministeriums die
„liberale“ Kammer eine ihrer Mitglieder, Roche-
fort, wegen Preßvergehens ungehindert in Anklage-
zustand versetzen läßt!

Aber halt, auch die „Volkszeitung“ bespricht ja
in ihrem Leitartikel diese Thatsache! Doch — wir
trauen unsern Augen nicht — das fortschrittliche
Blatt, das gesinnungsrichtige Organ des Herrn
Dunder jubelt darüber, daß die Kammer Roche-
fort ungehindert anklagen läßt!

Die Volkszeitung schreibt:
Die Frage, um die es sich bei der neuesten Abstim-
mung des französischen gesetzgebenden Körpers handelte,
ist nicht die Frage über die Verantwortlichkeit oder Nicht-
verantwortlichkeit eines Volksvertreters als solchen.
Ausserungen innerhalb der Volksvertretung sollen immer-
wegs ein Gegenstand der Anklage sein. — Neben
seiner Eigenschaft als Volksvertreter ist aber
Rochefort noch Redakteur einer Zeitung; als solcher
ist er der Verantwortlichkeit vor dem Gezeir und den
Richtern unterworfen, auch wenn der Inhalt der Volks-
vertretung eine Anklage für sich nicht genehmigt hätte.

Die Frage, um die es sich handelte, war nur eine
Frage der Zeit. Sie lautete dahin: ob die Volksvertre-
tung die richterliche Vernehmung und die Einleitung
eines Processes gegen Rochefort noch während der Sit-
zung, wo die Volksvertretung tagt, genehmigen, oder ob der
Prozess verschoben werden solle bis zur Zeit, wo die
Sitzung der jetzigen Volksvertretung vorüber ist. In
dieser Frage hat nun die französische Volksvertretung
gegen Rochefort entschieden; aber sie hat hiermit keines-
wegs gegen die Principien eines parlamentarischen Re-
gimentes gehandelt.

Rochefort begnügt sich mit einer Opposition
gegen die Regierung, wie sie ihm die Eigenschaft eines
Volksverters innerhalb der Kammer vollkommen frei-
stellt, sondern greift außerhalb der Kammer zu revolu-
tionären Agitationen. Er hat sich auch nicht zu irgend
einer strafbaren Äußerung in der Presse hin-
reißen lassen, sondern giebt die Absicht offen kund, dies
soll und soll thun, systematisch thun zu wollen.
Wenn die Kammer ihn mit ihrem Privilegium schützte,
würde sie nicht etwas dergleichen und bisher wirkungslose
revolutionäre Agitationen mit Stillschweigen
bedecken, sondern ein ganz neues System von
Unverantwortlichkeit für künftige Verthänd-
lungen, eine Art Ablass junktionen, der ihm
jeden revolutionären Akt sfortan gestattet.

In der That, man könnte daran zweifeln, ob
man die „Volkszeitung“ oder die „Kreuzzeitung“

*) Unwohl! Für die Verhandlungen der General-
versammlung waren zwei Hieraten zum Zweck der Pro-
tocolführung und der Berichtstattung angenommen.
Diese beiden Herren haben solche Protocolführung und
Berichtstattung bei Congressen und Conferenzen der
entsprechenden Art hier in Berlin schon besorgt und be-
gehen daher die nöthige Übung in diesen Dingen. Der
eine der beiden ist zugleich Reporter der „Allg. Nordd-
deutschen“, der andere zugleich Reporter der „Volkszeitung“.
Aber auch zugleich Reporter für das oben genannte Blatt,
der zwei Berichte für das letztgenannte Blatt gemacht.
Der während der Norddeutsche die Berichte anstimmte,
in die „Volkszeitung“ sie zurückgewiesen. Und nun
nimmt die Zeitung an und sagt, nur die Norddeutsche
mit Berichten bedacht worden. Ubrigens sind nicht
in diesen beiden Blättern, sondern allen bedeutendern
Zeitungen Berichte zugestellt worden. Denn wenn auch
Stimmungen Berichte zugestellt worden, so kann doch von einer
eigentlichen Geheimhaltung der Verhandlungen da keine
Rede sein, wo dieselben vor vielen Hunderten und Stellen-
nahme der (besonders Abends, wo die Berliner Mitglieder
sich häufig versammelten) vor vielen Tausenden sitzenden
Menschen abgehalten, und wo zwei Polizeibeamte offiziell anwesend
waren. Kann sich übrigens die „Volkszeitung“ darüber
wundern, daß die Arbeiter gegen die Fortschrittspartei
in den Verhandlungen eine solche reaktionäre
Stellung einnehmen? Die Verhandlungen einer großen social-
demokratischen Versammlung wenigstens abzudrucken für der
Menge werth halten, während die Organe der Fortschritt-
partei unsere Wirksamkeit entweder todtschweigend oder
sogar kühnlich entfallen? (Red. des Soc. Dem.)

vor sich hat, wenn man dies liest. Diese sophistische Unterscheidung zwischen Rochefort als Redakteur und Rochefort als Volksvertreter! Was würde doch Herr Dunder für ein Geschrei erheben, wenn eines schönen Tages die preussische Regierung ihn, in seiner Eigenschaft als Volkszeitungsmann, während der Sitzungsperiode beim Krage nähme. Dann hiesse es sicherlich und mit Recht: „Die Opposition soll mundtot gemacht werden!“ Doch wir lesen ja: „Rochefort ist systematischer Revolutionär“, die Kammer darf „revolutionären Agitationen keinen Ablass bewilligen.“ Psui über die Denuncianten! Erinnert das nicht an das gemeine Jubelgeschrei, in das der Fortschrittler ausbrach, als Ferdinand Lassalle zu Berlin in offener Versammlung verhaftet wurde! Rochefort: Psui über die Denuncianten!

Doch wir sind zufrieden, daß das Fortschrittlertum endlich einmal die Maske fallen läßt. Wir sehen es in seiner ganzen Erbärmlichkeit als reactionäre Denunciantenclique, sobald ein „Bürgerministerium“, ein Bourgeoisministerium, das Hest in Händen hat und einen Republikaner verfolgt!

Rundschau.

Berlin, 20. Januar.

Die bei der Eröffnung des bairischen Landtages gehaltene Thronrede verkündet ein neues Wahlgesetz auf der Basis des allgemeinen gleichen Wahlrechts. Im ganzen Lande wurde diese Verheißung mit Freuden begrüßt. Ein deutscher Staat macht also endlich einmal den Anfang, die Censurwahlen zu den Landtagen abzuschaffen; das Volk, der Arbeiterstand muß immerfort unermüdlich drängen, daß die anderen nachfolgen, so daß das allgemeine gleiche und direkte Wahlrecht auch auf die Gemeindegewahlen ausgedehnt werde. Wir wollen nun hoffen, daß die bairische Regierung nicht wieder unter dem Mantel der Wahlgleichheit den Censur, wie bei den Wahlen zum Reichparlament einführt, daß nur derjenige, welcher direkte Steuern zahlt, Wähler sein kann, und dadurch den größten Theil der Lohnarbeiter ausschließt.

Der Prozeß gegen Rochefort gelangt schon am nächsten Sonnabend zur Verhandlung. Man sieht, daß der neue Justizminister Olivier Gile hat, seine „liberalen“ Neigungen durch die That zu bestätigen.

Schon wieder sind in England Arbeiterunruhen ausgebrochen, das dritte Mal binnen sehr kurzer Zeit. In Folge einer Arbeitseinstellung zu Thorncliffe bei Sheffield hatten verschiedene Kohlengrubenbesitzer Arbeiter angenommen, die nicht Mitglieder des Gewerksvereins waren. Diese Verräther gründeten nun auf Veranlassung der Besitzer einen Freiarbeitsverein und eine Krankenkasse, um die Arbeiter, die in dem Gewerksverein sind, noch leichter in Schach zu halten. Die gerechte Erbitterung der Letzteren stieg mit jedem Tage und sie beschloßen, mit bewaffneter Faust den Eindringlingen, denen sie vorher in aller Güte ihr wenig lameradschaftliches Verhalten vorgehalten, den Laufpaß zu geben. Von diesem Vorhaben war die Polizei aber in Kenntniß gesetzt und so wurde der Aufruhr noch im Keime erstikt. Einige Constabler und Arbeiter sind verwundet worden. Was nützt das momentane Dämpfen solcher Arbeiterunruhen, man leugnet dadurch nimmermehr das Vorhandensein des großen Uebels — man schlägt noch auf die Wunden, die geheilt werden sollen und erweckt mehr und mehr noch den Groll der Nothleidenden gegen die jetzigen gesellschaftlichen Zustände. Nur zu, der Tag der Vergeltung naht. — Wohl zeigen sich diese Unruhen immer nur an einzelnen Orten, sie treten noch meistens local auf, bald hier, bald dort, wie Irklücher tanzend über den großen, widerlichen Sumpf, für dessen Existenz sie ja die besten Zeugen sind.

Nach Mittheilungen des Minister der Colonien in Spanien, die derselbe im gesetzgebenden Körper machte, geht der Aufstand auf Cuba seinem Ende entgegen. In Folge eines unglücklichen Gefechts hätten sich auf einmal 3000 Insurgenten ergeben. Wenngleich solchen ministeriellen Mittheilungen kein unbedingt glauben zu schenken ist, so wird doch auch nach anderen Nachrichten die Hoffnung auf Gelingen des Aufstandes immer mehr eine geringe.

Dagegen lauten die Nachrichten aus Paragwai günstiger. Die „Patrie“ bringt eine ihr von der paragwaitischen Gesandtschaft zugegangene Note, in welcher in Abrede gestellt wird, daß Lopez nach Bolivia geschickt und der Krieg zu Ende sei. Der Präsident sei vielmehr fest entschlossen, die Unabhängigkeit seines Vaterlandes zu retten oder mit ihr unterzugehen. Er befände sich in den großen Cordilleren von Maracay und habe 8000 Paragwaiten und 1500 Eingeborene bei sich.

Vereins-Cheil.

(Für den Allg. deutsch. Arbeiter-Verein.)

Berlin, 21. Januar.

Drei Beschwerdepunkte waren es, die in unserm Verein mit Recht seit geraumer Zeit Unzufriedenheit erregten.

Erstens waren die Mitglieder ungehalten, daß über die General-Versammlungen keine Protokolle erschienen. Obwohl die Schuld hiervon lediglich an den zum Zweck der Protokollirung von früheren General-Versammlungen eingesetzten Commissionen lag, so machte doch der Präsident die Behauptung, daß viele Mitglieder, die den Sachverhalt nicht genügend kannten, ihm für das Nichterscheinen der Protokolle die Verantwortung auszuwerfen. In Folge dessen nahm er dies-

mal selbst die Sache in die Hand, strafte die nöthigen Anordnungen und sand für diese die sofortige Genehmigung der General-Versammlung. Eigens dazu angestellte Literaten verfaßten in jeder Sitzung das Protokoll, und in der folgenden Sitzung wurde dasselbe vorgelesen und dann mit den von der Versammlung angeordneten Aenderungen genehmigt. So haben wir es erreicht, daß in diesem Augenblick das Protokoll, in Brochürenform, 62 Seiten stark, gedruckt vorliegt und an jede Mitgliedschaft, welche es begehrt, versandt wird.

Ein zweiter Beschwerdepunkt war das Kassierenwesen. Was die Leitung des Vereins betrifft, so hat sich Jedermann überzeugt, daß die strengste Ordnung und Gewissenhaftigkeit in der Verwaltung und Herausgabe der Gelder herrscht. Es gilt jetzt nur, daß in jeder einzelnen Mitgliedschaft die gleiche Ordnung eintrete. Es unterliegt gar keinem Zweifel, daß es viele Leute in unserer Bewegung giebt, welche die Arbeiterfrage nur zum Vorwand nehmen, um Geld in ihre Taschen zu bringen. Gerade solche Leute seien oft absichtlich Mißtrauen gegen die oberste Kassenleitung; denn sie wissen, daß, wenn dadurch Unordnung an ihrem besonderen Orte mit Umgegend eintritt, für sie etwas abfallen kann, während, wenn Ordnung vorhanden ist, für solche Ausbeutung der Arbeiter durch unberufene „Agitatoren“ und dergleichen kein Feld übrig bleibt. Einen großen Theil der unverschämlichen Feindschaft, welche manche Personen gegen den Präsidenten zeigen, hat dieser sich dadurch zugezogen, daß er ihnen in Kassensachen auf die Finger klopfte und der unter dem Vorwand der Agitation sich vollziehenden Ausbeutung der Arbeiter entgegentrat. Alle Versuche, in unserm Verein Unordnung hervorzurufen oder gar Theile von demselben loszutrennen, sind im letzten Grunde fast immer Geldspeculationen gewissenloser Personen, die bei der strengen Ordnung eines großen Gesamtkörpers ihr betrügerisches Spiel nicht treiben können, wohl aber bei allgemeiner Verwirrung im Trüben fischen zu können hoffen und auf Kosten der Arbeiter sich bereichern möchten. Der jetzige Vereinspräsident, so lange er an der Spitze steht, wird in Kassensachen eine ebenso unbugsame Strenge wie gewissenhafte Ordnung festhalten. Er ist sich bewußt, dadurch eine fortwährende Opposition derjenigen hervorzurufen, die sich um jeden Preis in den Vordergrund stellen möchten; aber er wird diese Opposition, sowie alle daraus hervorgehende Feindschaft und Widerwärtigkeit gern ertragen — erfüllt von dem Bewußtsein, daß nun und nimmermehr geduldet werden darf, daß gerade diejenige Agitation, welche auf Abschaffung der Ausbeutung hinzielt, selbst zu einem Ausbeutungsmittel werde.

Wir wiederholen: der zweite Beschwerdepunkt, die Kassenangelegenheit, ist erledigt, soweit die Vereinsleitung in Betracht kommt; es ist nun Sache der Arbeiter, ihre Bevollmächtigten, Beitragssammler, Agitatoren u. s. w. so zu überwachen, daß diese ebenso viel Ordnung halten, wie der Präsident nachweislich bei den Vereinsgebern es thut. Ein dritter Beschwerdepunkt — ein zweifelloses begründeter — war die Lebensunfähigkeit des Vorstandes. Daß solche Lebensunfähigkeit derselben nicht in der Abtrot der Lassalle'schen Organisation liegt; daß endlich einmal der Vorstand lebenskräftig werden müßte, das lag zu Tage, und der Präsident, seiner Pflicht sich bewußt, hat den ersten Anstoß zur Verwirklichung der beschlossenen Wünsche gegeben, indem er es schon vor vielen Monaten als eine Aufgabe der nächsten Generalversammlung bezeichnete, die Vorstandesfrage zu ordnen. Dies ist denn geschehen und mit Freuden dürfen wir sagen: der von Lassalle eingesetzte Vorstand des Vereins ist in Gemäßheit der allerersten Organisation lebenskräftig hingestellt worden.

Der Vorstand wird allmonatlich in geregelten Schriftverkehr treten, außerdem sich auch mehrmals im Jahr versammeln. In der ersten Sitzung, welche am 13. Jan. stattfand,*) wurden die Mittel und Wege besprochen, durch welche der Vorstand eine stete genaue Kontrolle ausüben könne. Man ging von dem Hauptgrundsatz unserer Organisation aus, daß der Präsident alle Macht haben müsse, der Vorstand aber die strengste, jeden Mißbrauch des Präsidenten unmöglich machende Kontrolle auszuüben habe. Zugleich hat der Vorstand einige Rechte auszuüben, welche gleichfalls darauf hinauszielen, eine Umwandlung der berechtigten Diktatur des Präsidenten in unberechtigte Willkür zu verhindern, z. B. Absetzung von Bevollmächtigten nicht durch den Präsidenten, sondern durch den Vorstand, Ausstoßung von Mitgliedern durch letzteren u. s. f.

Nachdem der Vorstand, theilweise auf Vorschläge des Präsidenten hin, theilweise nach Vorschlägen anderer Mitglieder, sich über seine inneren Einrichtungen verständigt, den Geschäftsgang festgestellt und namentlich auch den Fall genau vorgeesehen hatte, daß einmal der Präsident rechtswidrig verfahren könne und alsdann der Vorstand gegen ihn vorgehen müsse; kurz, nachdem Alles genügend festgestellt war, erfolgte einstimmig nachstehende Erklärung:

„Der Vorstand erklärt: nach den jetzt getroffenen Einrichtungen nimmt der Vorstand im Verein diejenige Stellung ein, die ihm nach dem Statut zukommt.“

*) Anwesend in dieser Sitzung waren folgende Vorstandmitglieder: Präsident Schweiger, Sekretär Tische, Kassierer Fohleneyer, Klein, Hansen, Köhner, Leber, Reich, Lübbert, Brüder, Knöllner, Grünberg, D. Kapell, A. Kapell, Peholdt, Zielowsky, Wolf und Wambel.

Was wir lange vergeblich erstrebten, ist also jetzt erreicht: der Verein hat die Bürgschaft einer steten genauen Kontrolle; die Macht, die der Präsident zur Führung der Partei und zur Vertretung der Arbeitersache nötig hat, ist ihm vollständig belassen, aber jeder Mißbrauch ist unmöglich gemacht.

Auch der dritte Beschwerdepunkt ist also erledigt.

Jetzt muß es sich zeigen, wer auf redliche Weise im Verein Opposition gemacht hat und wer unter der Maske wohlwollender Opposition heuchlerisch den Verrat trug. Alles, was die Opposition begehrt, ist geschehen; wer also jetzt immer noch im Innern des Vereins wühlt, statt den Parteiführer im schweren Kampfe gegen die Feinde der Arbeitersache zu unterstützen, der ist einfach ein Verräther. Bezahlte Verräther haben wir unter uns — es gilt nur, sie herauszufinden und zu kennzeichnen.

Verbands-Cheil.

(Für den Allgemeinen deutsch. Arbeiterschafts-Verband.)

Generalversammlung des Allgemeinen deutschen Arbeiterschaftsverbandes.

Erster Tag.

Berlin, 12. Januar.

Um 10 1/2 Uhr eröffnet der Verbands-Präsident Dr. v. Schweiger die Generalversammlung des Allg. deutsch. Arb.-Verbandes, welche von circa 90 Delegirten und sehr vielen Berliner Mitgliedern besucht ist. Der Präsident bemerkt: Die Mitglieder der General-Versammlung des Verbandes mögen sich wegen der Verzögerung der Eröffnung der General-Versammlung damit trösten, daß die Verhandlungen der General-Versammlung des Allg. deutsch. Arb.-Verbandes den Gewerkschaften auch zum Nutzen gereichten. Jedenfalls ist das Präsidium nicht schuld. Ich will auf zwei Gesichtspunkte in der Geschichte des Verbandes hinweisen. Als wir den Verband begründeten, da beabsichtigten wir vor allen Dingen eine Stärkung der Arbeiterschaft durch das Kapital gegenüber in der Weise, daß die nothwendig werdenden Arbeitseinstellungen systematisch durchgeführt werden sollten. Das ist zum Theil nicht erreicht; die General-Versammlung wird daher vornehmlich die Frage beantworten müssen, wie eine kräftigere Organisation herbeigeführt werden kann. Als sich ferner Wirren im Allg. deutsch. Arb.-Verband einstellten, zeigte es sich, daß dieselben im Verein viel schneller überwunden wurden wie in den Gewerkschaften; in letzteren sind sie heute noch nicht geschwunden. Das ist die Folge der festeren Organisation des Allg. deutsch. Arb.-Verbandes; sollte daher auch die Verschmelzung der Gewerkschaften, welche von einzelnen Mitgliedern vorgeschlagen wird, abgelehnt werden, so muß doch eine größere Concentration angestrebt werden. Das sind die hauptsächlichsten Gesichtspunkte, welche die General-Versammlung ins Auge zu fassen haben wird. Wenn einzelne Unzuträglichkeiten in der Verwaltung vorgekommen sind, so liegt dies theils in der Neuheit der Sache, theils in der mangelnden Personenkenntniß; jetzt haben wir die Erfahrung hinter uns und werden die Unzuträglichkeiten beseitigen und diejenige Ordnung schaffen, welche zur fruchtbarsten Wirksamkeit der Gewerkschaft nothwendig ist.

Nach einigen geschäftlichen Bemerkungen des Präsidenten beschließt die Versammlung, eine Protokollführung wie bei der General-Versammlung des Allg. deutsch. Arb.-Verbandes einzuführen und eine Kommission zur Prüfung der Kantate bestehend aus Link (Frankfurt a. D.), Grünberg (München), Edel (Hamburg), Walter und Mertin (Berlin) niederzusetzen.

Der Präsident eröffnet die Generaldebatte über sämtliche vorliegende Anträge und den Zustand der Gewerkschaften im Allgemeinen.

Lübbert (Berlin) spricht in längerer Rede für eine strengere Organisation und Verschmelzung aller Gewerkschaften zu einem großen Ganzen, nach dem Vorbilde des Allg. deutsch. Arb.-Verbandes, da die Gewerkschaften im Grunde doch nicht weiter als eine Vorschule für die politische Heranbildung der Arbeiter sein sollten.

Kuhl (Rangerfeld) bemängelt die theure Verwaltung der von ihm vertretenen Gewerkschaft. Dem könne nur abgeholfen werden, wenn die Arbeiter den Kassengeist schwinden ließen und sämtliche Gewerkschaften in einer einzigen Organisation zusammenfaßten.

Ein Antrag auf Beschränkung der Redezeit auf 10 Minuten wird angenommen.

Knöllner (Brandenburg a. H.) In Brandenburg habe man längst die Nothwendigkeit des Zusammenschlusses aller Gewerkschaften erkannt, und von diesem Gesichtspunkte aus bei Berufung von Versammlungen und bei Arbeitseinstellungen vorgefahren.

Richter (Altona). Er sei mit der Verschmelzung einverstanden, erkläre sich jedoch im Namen seiner Wähler (Zimmerer) gegen die sofortige Vornahme derselben. Der Junge sei in Mecklenburg und den angrenzenden Gegenden noch zu stark.

Zielowsky (Berlin) befürwortet die Verschmelzung, denn nur dadurch könne das große Ziel der Gewerkschaften, die einheitliche Kraftentfaltung der Arbeiter, ein systematisches Behandeln der Arbeitseinstellungen erreicht werden; gleichzeitig werde damit auch der Präsidentenklau aus der Welt geschafft, der jetzt zuweilen an der Zersplitterung der Gewerkschaften Schuld sei.

Hartmann (Hamburg). Die Gewerkschaften könnten naturgemäß nicht viel Nutzen betreffs der

Lohnverhältnisse bringen, sie seien im Stande, irgendwie zu wirken, Centralisation; die Kassalkanten suchen die Gewerkschaften vor allen Dingen ein Herz bei ihm. Die bische (Hamburg) erklärt die Verschmelzung, da die Organisation nicht völlig geklärt seien und auch die Kosten dadurch nicht verringert werden könnten. Der Entwurf sei ungenügend. Lange, Rouzer aus Berlin, Centralisation, um nicht von den Gewerkschaften überholt zu werden. Die Kassalkanten in den Provinzialstädten bezüchtigen die Verschmelzung zu den Präsidien Redner tabelt zum Schluß das Vorgehen mancher Agitatoren.

Schröder (Riel) wird mit aller Eile die Ausführung des Austrages wirken: Verschmelzung der Gewerkschaften August Kapell, Zimmerer aus der Verschmelzung so lange ausbleiben Mitglieder der einzelnen Gewerkschaften Princip des Allg. deutsch. Arb.-Verbandes geklärt seien und von ihrem Gewerkschaften Krenz (Berlin): Die Arbeiter die reiß zur Verschmelzung der Gewerkschaften wenn die Leiter derselben sie nur klären über das dabei obwaltende zur Erleichterung des Kassierenens schenkwürth.

Winter, Cigarrenmacher aus der Verschmelzung, da der jetzige Verband nicht sei, weil die Gehälter zu viel Klein (Eberfeld) befreit die Verschmelzung. Die Mitglieder seien der Nothwendigkeit derselben nicht überzeugt. Die centralistische Organisation der Gewerkschaften leide an ihrer Ausdehnung nicht im Mindesten, und auch die Kosten würden durch die Verschmelzung erleichtert werden. Er wolle die Angelegenheit bis zur nächsten Generalversammlung; höchstens könne man jetzt Verschmelzung verwandter Gewerkschaften vater aus Hamburg ist gegen die Verschmelzung. Gerade die Benennung der Gewerkschaften nach Berufsständen noch den Berufsständen schaffe derselben statt der Verschmelzung der Gewerkschaften dieselben, wenn man die Leute halte, ganz aufheben und ihr Aufsehen im Allg. deutsch. Arb.-Verband beschließen zu lassen. Menzig aus Rangerfeld spricht gegen die Verschmelzung. Schallmeyer (Hamburg) sieht die Verschmelzung der Gewerkschaften als internationalen Gewerkschaften, die Heranbildung der Sozialisten, sei die Hauptaufgabe der Gewerkschaften, denn Arbeitseinstellungen großen und Ganzen fruchtlos bleiben nur den Muth haben, die Vereine zu schließen, die Arbeiter würden schon nicht dafür zeigen.

Richter (Altona) und Gensler als Dringlichkeitsantrag: Denjenigen Delegirten, welche durch die Verschmelzung der Gewerkschaften in der Generalversammlung in der Gewerkschaften Diden bis höchstens 1 Tbr. pro Tag verweigert sei aus der Verbandesklasse summe gegen den Antrag wird als dringend angenommen, und zur Ausführung eine Commission, bestehend aus August Kapell, v. Riegel, Krenz, Manziener (Eberfeld) eingesetzt.

Demnach wird die Sitzung um anderthalb Stunden vertagt. Um 3 1/2 Uhr wird die Sitzung durch den Verbandspräsidenten Dr. v. Schweiger geschlossen. Das Protokoll wird vorgelesen und die Abänderungen genehmigt. Dann folgt die Sitzung in der Generaldebatte fort. Fimm, Zimmerer aus Berlin, gegen die Verschmelzung. Es würde die Gewerkschaft veranlaßt werden, auszuscheiden, so z. B. die Zimmerer aus Berlin, Sägmacher aus Berlin, die Gewerkschaften seien, besonders für den Verein, dieser rekrutirt die Gewerkschaften und würde nicht zu der Verschmelzung gelangt sein, wenn er nicht die Gewerkschaften gehabt hätte, welche die Verschmelzung für den Verein ausbilden und politisch im großen und ganzen schließe er die Verschmelzung Zielowsky's an.

Fasencleber (Salver) wendet sich gegen den Redner, welche für eine Verschmelzung auf ein Jahr gestrichelt werden. Die Verschmelzung auf ein Jahr gestrichelt werden, das gegen die Verschmelzung, überhaupt war des Ueber ein Jahr sei man eben so gut getrieben und dadurch werde nur der Corporation getrieben werden. er sich in einzelnen Gewerkschaften verschmelzen. Redner schlägt vor, eine Commission, welche diese Frage in Erwägung zu bringen einen Entwurf eines Statuts für die Gewerkschaften ausarbeite.

Frid (Barmen). Der Centralverband der Arbeiter geboten, das Ziel der Gewerkschaften zu schaffen, das sei richtig. Dürste nicht übersiehend vorgehen, der Kongress sei es geboten, zunächst die Arbeiter zu verschmelzen, um diesen die Verschmelzung selbst klar zu legen, und dann, die Verschmelzung gefast haben, mit dieser Verschmelzung vorzugehen. Vor der Fortschrittlichen Partei in dieser Beziehung nicht fürchten dürfte nicht.

Volle Mitglieder der Gewerkschaften. Magdeburg fordert die Gewerkschaften. Hartmann (Hamburg) solche bedürfen nicht. Zielowsky (Berlin) Man beschränke die Gewerkschaften mit der Verschmelzung solle die Gewerkschaften werden. Zielowsky (Berlin) Man beschränke die Gewerkschaften mit der Verschmelzung solle die Gewerkschaften werden.

Die Krankenkassen der Gewerkschaften werden. Die Krankenkassen der Gewerkschaften werden. Die Krankenkassen der Gewerkschaften werden.

Die Krankenkassen der Gewerkschaften werden. Die Krankenkassen der Gewerkschaften werden. Die Krankenkassen der Gewerkschaften werden.

Die Krankenkassen der Gewerkschaften werden. Die Krankenkassen der Gewerkschaften werden. Die Krankenkassen der Gewerkschaften werden.

Die Krankenkassen der Gewerkschaften werden. Die Krankenkassen der Gewerkschaften werden. Die Krankenkassen der Gewerkschaften werden.

Die Krankenkassen der Gewerkschaften werden. Die Krankenkassen der Gewerkschaften werden. Die Krankenkassen der Gewerkschaften werden.

Pöbker (Berlin) spricht für die Verschmelzung. Er habe bei der Gewerkschaft der Zimmerleute die Erfahrung gemacht, daß viele Nichtmitglieder bei ihnen sich gemeldet und eine Centralisirung wünschten. Eben so empfiehlt Redner die Gründung einer allgemeinen Krankenkasse.

Pöbker (Präsident der Metallarbeiter-Gewerkschaft) spricht für Centralisirung, denn die Centralisirung im Allg. deutsch. Arb.-Verein habe den Verein stark gemacht, man solle also nicht fürchten, die Gewerkschaften dadurch Schaden zu leiden. Sollte man die Centralisirung der einzelnen Gewerkschaften nicht durchführen, dann nehme man die Präsidenten derselben wenigstens die zu große Macht, welche sie jetzt besitzen, und mache sie zu einem was sie in der That sein sollten, zu Beamten des Verbandes.

Tuchner aus Brandenburg erhebt Klage über die Geschäftsführung des Präsidenten der Hand- und Fabrikarbeiter-Gewerkschaft und erklärt sich gegen die Centralisirung.

Es wird jetzt der Schluss der Rednerliste und eine Redezeit von fünf Minuten angenommen. Sodann beschließt die Versammlung zur Prüfung der Kassenangelegenheiten eine Commission von fünf Mitgliedern zur Revision der Belege zu ernennen und wählt hierzu: Pöbker (Altona), von Nitzel (Berlin), Lehder (Hamburg), Siegrist (Frankfurt a. O.) und Walter (Berlin). — Dann wird die Generaldebatte weiter fortgesetzt.

Siegrist (Frankfurt a. O.) ist für die Verschmelzung, denn die Vollständigsteien seien derartig Maßregelungen ausgesetzt, daß man schließlich wenige Leute dazu bestimmen werde. Endlich werde durch die Verschmelzung an den Verwaltungskosten gespart. Man könne dann die anstellenden Beamten hinreichend besolden, er spare die Präsidentengehälter in den einzelnen Gewerkschaften und könne zugleich von den betreffenden Beamten auch bestimmt die Erfüllung ihrer Pflicht erwarten.

Schenk (Augsburg) ist ebenfalls für Verschmelzung und schließt sich den Ausführungen des Redners an. Es werde dadurch auch die Heranziehung von Anhängern möglich, welche in einzelnen Städten und geringer Zahl nur vorhanden sind. Auch würde eine nicht geringe Summe für Infectionskosten gespart.

Sauthoff (Hamburg) ist ebenfalls für Centralisirung, sie sei eine Konsequenz des Prinzips, das der gesammten Organisation der Gewerkschaften zu Grunde liege.

Köbner (Brandenburg) beantragt nach Köpfen und nicht nach der Zahl der Stimmen, welche jeder Delegirte vertrete, abzustimmen. Diesem Antrage wird widersprochen. Eben so wird ein Antrag auf Schluss der Discussion abgelehnt.

Scholz, Manufakturarbeiter aus Berlin, ist für Centralisirung der Gewerkschaften, wünscht jedoch hierbei die korporative Gruppierung der einzelnen Gewerkschaften nach ihrer Verwandtschaft zu erhalten und aus diesen dann eine ständige Deputation zur Verwaltung zu wählen, welche in Berlin ihren Sitz habe.

Liebnig, Maurer, Berlin, wird für die Centralisirung stimmen, weil er hierzu Seitens seiner Mandatgeber Auftrag habe, befürchtet aber, daß dadurch die Mitgliedschaft der Gewerkschaften sowie die des Allg. deutsch. Arb.-Vereins an Zahl vermindert werden.

Otto Kapell, Zimmerer aus Berlin: Er stimmt gegen die Centralisirung, denn er könne keinen Vortheil noch nicht erkennen, der dadurch erzielt werde. Dagegen empfiehlt er die Begründung einer allgemeinen Krankenkasse.

Mann aus Schweidler spricht sich entschieden für die Centralisirung aus, insbesondere für die Verschmelzung einer allgemeinen Krankenkasse.

Volle aus Budau bei Magdeburg: In der Mitgliedschaft der Metallarbeiter zu Budau und Magdeburg sei die Centralisirung einstimmig gebilligt worden.

Hartmann aus Hamburg spricht sich im Sinne von Fried an Varmen aus. Man dürfe solche bedeutende Maßregel im Innern des Vereins nicht über's Rand brechen.

Liebnig aus Hamburg spricht sich ebenfalls für die spätere Bormahme der Verschmelzung aus. Man beschließe zunächst die Verschmelzung, jedoch mit der Aussicht, daß sie erst vorgenommen werden solle bei der nächsten Generalversammlung; die Zwischenzeit möge man zur Ausklärung der Mitglieder über diese Sache in den Gewerkschaften verwenden.

Zielowsky, Schuhmacher aus Berlin: Ueber's Jahr werde man bei einem derartigen Beschluß auf demselben Standpunkte sein. Auch die Krankenkasse könne nicht an der Verschmelzung hindern.

Töbke, Verbands-Sekretär aus Berlin, bemerkt, daß die Verschmelzung notwendig sei, und zwar des Prinzips wegen und aus Zweckmäßigkeitsgründen. Die Verwaltung werde eine geregeltere und billigere sein, die Agitation planmäßiger betrieben und die Polizeischwierigkeiten vermindert werden. An kleinen Orten namentlich sei die Verschmelzung durchaus notwendig. Daß sie von allen Arbeitern gewünscht werde, ergebe sich aus dem allgemeinen Verlangen einer centralisirten Krankenkasse. Auch der Centralausschuß des Verbandes habe sich für die Verschmelzung ausgesprochen. Daß diese Centralisirung auf dem Berliner Kongress nicht schon zur Anwendung gekommen sei, deshalb geschah, weil der damalige Vorstand des Statut des Cigarrenarbeiter-Vereins zu Grunde gelegen und dieser Verein sich einer Verschmelzung widersetzt haben würde.

Dräger, Schneider, aus Hamburg wird ent-

schieden für die Vereiniung stimmen. In vielen Städten befinden sich Mitglieder, die sich gern zu einer Gewerkschaft vereiniigen möchten, sie finden aber keine Führer. Ferner wünscht Redner die Beseitigung der Einzelpräsidenten; Vollmächtige genügen vollkommen, wenn die Centralisirung erfolgt sei; der Wunsch aller Arbeiter Deutschlands sei darauf hin gerichtet, eine Vereiniung aller Arbeiter anzustreben.

Sofortiger Schluss der Debatte wird hierauf angenommen.

Da Pöbker (Altona) zuvor, als die Reihe der Rednerliste an ihm war, bei der Prüfung der Kassenbelege beschäftigt war, so wird ihm nachträglich noch das Wort ertheilt. Derselbe erklärt sich für Centralisirung und erwähnt einiger Vorfälle mit Tauscher, dem Präsidenten der Manufakturarbeiterschaft, sowie gewisse Schwierigkeiten, die er wegen der Krankenkassen-Centralisirung namentlich mit der schleswig-holsteinischen Provinzial-Regierung gehabt.

Ein Antrag, die Diskussion wieder aufzunehmen, wird abgelehnt; es folgen persönlich Bemerkungen von Hörig, Klein, Scholz, Richter (Altona), A. Kapell, Renz, Tuchen, Berthmann, Zielowsky. — Hiermit ist die General-Diskussion beendet. Der Präsident theilt mit, daß die Commission über die Mandatsprüfung ihre Arbeit beendet habe. Es ergibt sich, daß 89 Delegirte die Zahl von circa 100,000 Parteigenossen vertreten, von denen 20,674 ihre Beiträge richtig bezahlt haben. Zwei Mandate für Kiel von 70 Mitgliedern der Metallarbeiterschaft an Schröder in Kiel und Dämming in Leipzig zugleich ertheilt, werden durch Beschluß der Versammlung dahin geregelt, daß Schröder die Gewerkschaft in der Verbandversammlung, Dämming sie in der Gewerkschaftsversammlung vertritt. Drei Mandate à 49 Stimmen, welche für Kölsch eingekendet sind zur Vertretung von Mitgliedern der Schuhmacher-Gewerkschaft, werden, da Kölsch nicht anwesend ist, an Zielowsky übertragen. — Von der Hand- und Fabrikarbeiterschaft zu Hamburg ist ein Mandat eingegangen für Bräuer ohne Angabe der Mitgliederzahl. Obgleich der Präsident Klein constatirt, daß von den Hamburger Mitgliedern ihm die Zahl der Mitgliedschaft noch nicht angegeben, beschließt die Versammlung, entgegen dem Antrage der Commission, welcher dahin geht, die Mitgliedschaft zu Hamburg in der Versammlung nicht zuzulassen, setzt dagegen die Stimmzahl nur auf das statuten-gemäße Minimum 10 fest. — Einem Mandat von der Manufakturarbeiter-Gewerkschaft zu Nowaweg für Steinert fehlt die Angabe der Stimmzahl, sie wird auf 119 Stimmen festgesetzt, dasselbe geschieht in Betreff eines Mandates der Manufakturarbeiter-Gewerkschaft von Dessau, dessen Stimmzahl auf 16 festgesetzt wird. — Es erfolgt die Herstellung der Liste der Delegirten und da sich hierbei noch manche Unrichtigkeiten zeigen, so zieht sich die Kommission zu nochmaliger Berathung zurück.

Auf Antrage Kapell's erklärt der Präsident, daß nach dem Statut das Präsidium der Generalversammlung beizubehalten, die Mitglieder desselben aber nur dann stimmberchtig sind, wenn sie als Delegirte ein Mandat besitzen.

Die Versammlung schreitet nun zur Prüfung des Kassenberichts. Es wird zunächst die Specialberathung und später die Generaldebatte vorgenommen werden. Bei der Specialdebatte soll jeder Posten einzeln verlesen und über ihn die Debatte eröffnet werden, die, um Niemandem das Wort abzuschneiden, nicht früher geschlossen werden darf, als bis kein Mitglied mehr in der Rednerliste eingetragen ist; über jeden Posten soll dann einzeln abgestimmt werden.

In dieser Weise erfolgt die Prüfung des Kassenberichts für den Zeitraum vom 22. Mai 1869 bis zum 1. Januar 1870. Der Eingang wird im Einzelnen wie auch in der Gesamtsumme für richtig befunden. Es wird ferner constatirt, daß von König aus Egelu Summen von 20 Thlr. und 10 Thlr. nach Berlin gesendet worden, und daß aus der befolgenden Abrechnung abzunehmen gewesen sei, daß dies Geld für den Allg. deutsch. Arb.-Verein bestimmt gewesen sei, in Folge dessen haben sich in der Vereiendrechnung jene beiden Posten angeführt gefunden. Man behält sich vor, später zu beschließen, was in dieser Angelegenheit zu geschehen habe. Einem Antrage Dreesbach's (Düsseldorf), daß der Hand- und Fabrikarbeiterschaft dieser Posten zusalle, wird nicht Folge gegeben.

Die Positionen 1—7 der ersten Abtheilung des Anhangs werden gut geheißen. Position 8 an G. Pöbker für Agitation nach Stassfurt 10 1/2 Thlr. ruft eine Diskussion hervor, ob es zweckmäßig sei, daß besoldete Präsidenten die für Agitationen von der Casseler Generalversammlung bestimmten Diäten, täglich 1 1/2 Thlr., beziehen oder nicht. Die Position selbst wird nicht beanstandet. Bei der folgenden Position, Agitationsgelder an Grüneberg in Nürnberg für Bayern ergibt sich, daß Grüneberg täglich nur 16 Sgr. erhalten. Hartmann stellt einen Antrag in Aussicht, der dahin gehen soll, daß an Grüneberg noch eine Summe nachbezahlt werde, Grüneberg verzichtet jedoch auf diese Zahlung, da er auch anderweit, wenn auch sehr geringe Unterstützung erhalten habe. Bei der Position Nr. 13 an Leib in Hemdingen 6 Thlr., entspinnt sich eine Diskussion darüber, ob Leib das Geld zu Agitationskosten oder zu Privatweiden verwendet habe; die Ausgabe wird gutgeheißen, jedoch bemerkt, daß nachzufragen sei, ob Leib für die Reise nach Bielefeld nicht noch von anderer Seite Geld erhalten habe. Bei der Position No. 28: 14 Thlr. für W. Wolff von Hamburg nach

Heinsland und Frankfurt a. M., beantragt Lehder die Beanstandung der Summe, da diese Agitationsreise hauptsächlich im Interesse des Allg. deutsch. Arb.-Vereins geschehen sei. Das gehe schon daraus hervor, daß Wolff fast immer in erster Linie für den Allg. deutsch. Arb.-Verein wirkte; die Summe könne deshalb dem Verbands nicht zur Last gelegt werden. Diese Ansicht wird vom Präsidenten, wie auch von zahlreichen Mitgliedern bekämpft, welche sich dahin aussprechen, daß der Allg. deutsch. Arb.-Verein allein den Verband möglich gemacht habe und daß die Agitation der Partei so innig verbunden sei, daß zwischen einer Agitation und einem Interesse des Vereins und solchen des Verbandes keine Trennung möglich sei. Darüber könne vor allen Dingen ein echter Socialist gar nicht im Zweifel sein. Wenn in Vereiendangelegenheiten von Wolff agitirt sei, so habe dieser übrigens gewiß auch in Verbandsangelegenheiten agitirt. Diese Position, sowie die folgenden Positionen und endlich die ganze Summe für Agitationen werden alsdann genehmigt.

Der Präsident constatirt jetzt, daß jeder einzelne Posten der Agitationsabrechnung unbeanstandet geblieben sei, nach eingehendster Debatte, die nicht einmal habe geschlossen werden können.

Armborst (Stettin): Im Laufe der Debatte seien Worte gefallen, als wenn das Präsidium nicht berechtigt gewesen sei, die vorliegenden Positionen zu bewilligen. Nach den Statuten sei das Präsidium aber berechtigt gewesen, noch mehr, als geschehen, für Agitationen auszugeben. Das Präsidium habe also ganz correct gehandelt.

Beim zweiten Abschnitt der Ausgaben, „Eisenacher Congress“ fragt der Präsident, ob die Specification für diese Ausgaben durchberathen werden solle oder ob man sich mit der Prüfung dieser Berechnung, welche die Generalversammlung der Allg. deutsch. Arb.-Vereins vorgenommen habe, begnügen wolle. Die Versammlung beschließt, daß die einmalige von der Vereiendversammlung vorgenommene Prüfung genügend sei und erklärt die einzelnen Positionen wie auch die Gesamtsumme der Unterabtheilung II. für genehmigt; dasselbe geschieht in Betreff der Abtheilung III., dem Strikeconto, und der Abtheilung IV., dem Unterstützungsconto.

Bei der Abtheilung V.: Für Leitung der Verwaltung, werden die Positionen 1 bis 23 genehmigt. Bei No. 24, Drucksachen, entspinnt sich eine Debatte über die Frage, ob an Schulz in Hannover seinerzeit 1000 oder nur 500 Exemplare des Statuts gesandt seien. Im Laufe der Debatte wird durch Töbke constatirt, daß die Frage, ob 1000 oder 500 Statuten nach Hannover gesandt worden, sich nicht bestimmen lassen, da die Hannoveraner sie gratis erhalten hätten und ein Verschicken Seitens des früheren Expeditionschiffen E. Hirsch vorgekommen sein könne. Die Versammlung genehmigt die Position wie auch die Positionen 25—27. Bei Position 28: Nachträgliche Miete für das Local des Arbeiter-Congresses am 26. Sept. 1868 zu Berlin, erklärt der Präsident, daß er erst nachträglich von dem Wirth der „Vayhall“, Kobelt, erfahren habe, daß mehr als die in Rechnung gestellte Miete bezahlt sei; es sei seiner Zeit vergessen, die fehlende Summe mit in Rechnung zu stellen. Der betreffende Wirth, Herr Kobelt, sei jederzeit bereit, dies zu bezeugen. Die Versammlung genehmigt die Position (50 Thlr.) und die zu No. 29, sowie die Gesamtsumme.

Hörig (Hamburg) bemerkt, daß trotz des Hülfesekretärs Hirsch wegen des Sekretariats Seitens der Gewerkschaften Beschwerden erhoben worden seien.

Töbke bestreitet dies; man möge ihm erst Mängel im Sekretariat der Gewerkschaften nachweisen.

Brudmann bemängelt, daß an Grüneberg für geleistete Unterstützung in der Verbandsleitung in vierteljährlicher Zeit 20 Thlr. gezahlt seien, und fragt, warum diese Funktion nicht Köbker übernommen habe.

Der Präsident erwidert, daß die in Rede stehenden Leistungen solche seien, die plötzlich geschehen seien, und wobei nicht erst auf das Erscheinen Köbker's habe gewartet werden können.

Bater weist darauf hin, daß bei der Casseler Generalversammlung sich herausgestellt habe, daß der Präsident noch 25 Thlr. in Händen habe, die er noch zu berechnen habe.

Der Präsident erklärt dies für richtig und fügt bei, daß er weitere 25 Thlr. in Händen habe; zusammen 50 Thlr., theils bereits verandagt, theils noch nicht. Er müsse haars Geld für den Verband zum Zweck plötzlicher Ausgaben in der Hand haben, um so mehr, als er dem Verein gegenüber im Vorschuss sei; die 50 Thlr. würden bei einer späteren Generalversammlung ihre Verrechnung finden.

Die Versammlung ist damit einverstanden und genehmigt schließlich auch das Darlehnskonto und die Recapitulation.

Der Präsident constatirt hierauf, daß ein Posten nach dem anderen Zeile für Zeile verlesen, daß die Commission ihre Mittheilung gemacht, ob die Belege vorhanden, daß dann eine Debatte über jeden einzelnen Posten eröffnet und dieselbe nicht geschlossen worden, so lange noch ein Redner sprechen wollte. Bei diesem Verfahren seien alle Posten ohne Ausnahme genehmigt worden.

Es folgt nunmehr die General-Debatte, bei welcher Hörig (Hamburg), Hartmann (Hamburg), Vater (Hamburg), Zielowsky (Berlin) und Dreesbach (Düsseldorf) ihre vollkommene

Befriedigung mit der Kassenverwaltung aussprechen. Legterer spricht noch den Wunsch aus, daß für die Zukunft die Frage wegen der Diäten bei den Agitationen geregelt werde, um unliebsame Debatten zu vermeiden, und daß die Gewerkschaftsbeamten für ihren Gehalt auch ihre Funktionen selbst vollständig versehen und etwaige Hülfsmittel aus ihrer Tasche bezahlen mögen. Schließlich wird folgende von Grüneberg (Nürnberg) beantragte Resolution einstimmig angenommen:

Die Verbands-Generalsammlung spricht über die bisherige Kassenverwaltung ihre größte Befriedigung aus, und wünscht, daß dieselbe so beibehalten werde.

Nunmehr schreitet die Versammlung zur Abstimmung über die Frage: „ob die Verschmelzung der einzelnen Gewerkschaften in einen Verein erfolgen solle.“ Zuvor hatte Köbner (Brandenburg) seinen Antrag auf Ueberweisung dieser Frage an eine Commission zurückgezogen.

Nach der Abstimmung nimmt Berthmann (Berlin) das Wort und theilt mit: daß Walter und Köpner von ihren Auftraggebern, den Berliner Maurern, den Auftrag erhalten haben, für die Vereiniung zu stimmen und bei der Abgabe der Stimmen gegen dieselbe gestimmt haben.

Zielowsky (Berlin) wendet sich energisch gegen diese Handlungsweise.

Der Präsident fragt Walter und Köpner, ob sie von ihren Auftraggebern den Auftrag erhalten haben, für die Vereiniung zu stimmen. Dieselben bestätigen dies, worauf der Präsident erklärt, daß sie somit verpflichtet seien, nicht anders zu stimmen; die Delegirten seien eben nur die Diener ihrer Auftraggeber. Die Ummänderung der Abstimmung erfolgt jetzt auch zu Protokoll.

Kenz (Berlin) verweist auf die große Zahl von Berliner Mitgliedern, welche den Verhandlungen beiwohnen — der Saal hat sich inzwischen bis auf den letzten Platz gefüllt — und bittet die Delegirten, ein ebenso großes Interesse an der großen Sache zu zeigen, indem sie ihre Stimmen so abgeben, wie ihnen der Auftrag gegeben worden ist.

Liebnig (Hamburg) macht darauf aufmerksam, daß die Mitgliedschaft der Schneider in Würzburg zuerst ein Mandat an Grüneberg und später an Schenk ertheilt haben, dadurch sei ein doppeltes Mandat entstanden. Der Präsident constatirt, daß das Mandat an Grüneberg vom 19. December und das an Schenk vom 23. December datirt sei, und erklärt, daß nach allgemeinen Regeln das neuere Mandat dann das gültige sei, und daß somit das an Schenk ertheilte Mandat wenigstens für die Verbandsgeneralversammlung allein Gültigkeit haben könne.

Um 12^{1/2} Uhr verkündet der Präsident das vorläufige nach oberflächlicher Zusammenstellung ermittelte Resultat. Es ist danach ungefähr gestimmt: „Ja!“ mit 12,500, „Nein!“ mit etwa 9000 Stimmen.

Aurin fragt, wie das Stimmverhältniß in diesem Falle sein müsse, um einen Beschluß zu constatiren.

Der Präsident erklärt, daß der Fall der Aufhebung der einzelnen Gewerkschaften im Statut nicht vorgesehen sei; dort sei nur über Statutenänderung etwas bestimmt, die nur durch 2/3 der Mitglieder beschloffen werden könne.

Pauastein erklärt, daß er, wenn auch mit Bedauern, aussprechen müsse, daß der Antrag auf Verschmelzung gefallen sei.

Klein (Ebersfeld) spricht sich in demselben Sinne aus.

Der Präsident erklärt, daß auch für den Fall, daß 2/3 Majorität für den Verschmelzungsbeschluß nicht nothwendig sei, man doch die Sache auf sich beruhen lassen müsse, da eine heilsame Wirkung der Verschmelzung nur bei großer Majorität der Dastimmenden zu erwarten sei. Dagegen müsse nunmehr auf eine Vereinfachung in der inneren Verwaltung der Gewerkschaften hingearbeitet werden.

Schallmeyer erhebt dagegen Widerspruch, daß die Generalversammlung die Frage auf sich beruhen lassen solle, und verlangt vielmehr, daß in nächster Sitzung in der Debatte fortgeführt werde.

Hierauf schließt der Präsident die Sitzung um 1 Uhr Nachts und beauftragt die nächste Sitzung auf Donnerstag 10 Uhr Morgens an.

Die Hauptkassierer der zum Verbands gehörigen Gewerkschaften und Vereine werden daran erinnert, daß nach § 2 der Verbandsstatuten die Abrechnung für das erste Quartal dieses Jahres nebst dem fälligen Beitrag innerhalb des laufenden Monats an den Verbandskassierer Herr W. Gräwel, Ostschierstraße 17 hier selbst, eingereicht werden müssen.

Allgemeiner deutscher Zimmerer-Verein. Berlin, 15. Jan. (An die Mitglieder.) Zum zweiten Male hat unsere Generalversammlung stattgefunden und zwar in Gemeinschaft mit allen andern Arbeitern Deutschlands, welche gleich und dieselben Rechte zum Rechte zu verhehlen. Es waren 48 Städte mit 4671 Mitgliedern, die regelmäßig gezahlt haben, durch 18 Delegirte vertreten. Im Ganzen waren im Laufe des verfloffenen Jahres über 10,000 Mitglieder in den Verein getreten. — An den Centralstatuten des Vereins ist nichts geändert, ebenso nichts an denen der Rasse und Nierbesätze. Dieselben behalten daher ihre volle Gültigkeit. Die Statuten der Kranken- und Invaliden-Kassen sind folgendermaßen abgeändert: § 1: „Das Eintrittsgeld in diese Kasse beträgt 7 1/2 Sgr., wofür das bezügliche Statut nebst Eintragungsbuch verabfolgt wird; hiervon beträgt 2 1/2 Sgr. in der Ortskrankenkasse (Lokalasse) und 5 Sgr. werden an die Hauptkasse geschickt.“ Ferner lautet § 4: „Der monatliche Beitrag zur Kasse beträgt 6 Silbers Groschen und muß pünktlich und entrichtet werden.“ — Alle Vollmächtigen haben dies den Mitgliedern genügend zur Kenntniß zu bringen. — Das erhöhte Eintrittsgeld tritt sofort in Kraft, der erhöhte Beitrag von

